

Katastrophenhelfer Militär?

Die Armee scheint in Pakistan derzeit die einzige funktionierende Institution zu sein. Viele sehen angesichts der Flut und der anhaltenden Gewalt einen General im Präsidentenpalast als Option. **Seite 2**



Ausbildung und Mindestlohn

Höhere Forderungen an Schulabgänger begründet Berlins Handwerkskammer-Präsident ebenso wie einen Mindestlohn für alle Branchen im ganzen Land. Stephan Schwarz im Interview auf **Seite 3**



Literatur im ND

Die Revolution von 1848 wie die von 1918 drohen der Vergessenheit anheim zu fallen. Zwei neue Publikationen erinnern. Außerdem: Romane von Marina Lewycka und Rose Tremain. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Gummihaft

Von Jörg Meyer

Ungenügend, dringender Nachbesserungsbedarf. Gummiparagrafen für Arbeitgeber, Rechtsunsicherheiten – das sind die Reaktionen von Opposition, Gewerkschaften und Arbeitgebern auf den gestern beschlossenen Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz. Die Meinung der Arbeitgeberseite lassen wir mal außen vor. Haben doch Lidl, Telekom und Co. eindrucksvoll bewiesen, dass ihnen der Schutz der Privatsphäre ihrer Beschäftigten am Allerwertesten vorbei geht und mit ihrem Verhalten die Bundesregierung an ihr im Koalitionsvertrag festgehaltenes Vorhaben erinnert.

Zwar enthält der jetzt beschlossene Entwurf wichtige Einschränkungen, wie etwa das Verbot, heimlich in Betriebsräumen Überwachungskameras anzubringen oder Begrenzung der Ausforschung von Bewerbern im Internet. Das ist alles besser als das, was es bislang an Gesetzen gab, nämlich nahezu nichts. Doch gut ist der Entwurf deshalb noch lange nicht. Viele Bestimmungen haben Hintertüren, sind schwammig. Die Frage nach z.B. sexueller Identität, Ethnie und Weltanschauung sollte den Arbeitgeber nichts angehen – ausgenommen bestimmte Fragen bei Tendenzbetrieben wie Kirchen, Parteien oder Medien.

Wenn der Beschäftigtendatenschutz dieser Bundesregierung schon kein eigenes Gesetz wert ist, muss der vorliegende Entwurf wenigstens so geändert werden, dass er seinen Namen verdient und eben nicht »Interessenausgleich« mit den Unternehmern ist.

Unten links

Über die **Zeitung der Zukunft** haben schon viele kluge Menschen nachgedacht, und dieser Tage wird wieder einmal behauptet, dass wir ein Stück Zeitungszukunft erleben. Mehrere Blätter wetteifern darum, dreidimensionale Bilder zu drucken, die man mit einer Spezialbrille betrachten kann. Abgesehen davon, dass die Bilder kaum besser sind als jene, die Kinderzeitschriften schon vor 40 Jahren veröffentlichten – was dürfen wir erwarten? Wir könnten uns, ja nach Belieben, die Höhe des Schuldenberges bzw. die Tiefe des Schuldenlochs plastisch vor Augen führen. Wir könnten uns in 3D sowie in allen Einzelheiten an den diversen Konjunkturdellen delectieren. Mit der roten blauen Brille auf der Nase könnten wir uns ins Tal der Tränen versenken, durch das die FDP gerade wandt, oder – gewissermaßen die ganz hohe 3D-Kunst – die Koalition auf dem Krisenpfad und gleichzeitig am Tiefpunkt gegenseitiger Zuneigung beobachten. Aber wollen wir derartige Dinge wirklich so genau sehen? *wh*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Rambos von der Arbeitsagentur

Aus der Bundeswehr ins Söldnerheer – bezahlt mit Steuergeldern, gedrillt in Israel



Von René Heilig

Drei Monate ließen sich die Ermittler Zeit, bis sie sich am Dienstag zur Hausdurchsuchung bei der Söldnerfirma Asgaard entschlossen. Sie rekrutiert Ex-Bundeswehr-Soldaten für den somalischen Bürgerkrieg. Man geht hierzulande auffällig zurückhaltend mit der Branche um.

Thomas Kaltgärtner, Ex-Bundeswehrgeneral und Chef von Asgaard German Security Group im münsterländischen Telgte, fühlte sich sicher. Daher sprach er bereits im Mai offen davon, dass er mehr als 100 ehemalige Kollegen vom »Bund« als private »Sicherheitsberater« ins bürgerkriegsgeplagte Somalia schicken will. Zollfahnder fanden am Dienstag den entsprechenden Vertrag mit dem somalischen Clanchef Abdinur Darman. Der bezeichnet sich selbst als »Präsidenten Somalias« und opponiert gegen die international anerkannte Übergangsregierung von Präsident Sharif Sheikh Ahmed, den die EU unterstützt. Unter an-

derem 20 Bundeswehrgeneralen bilden Sicherheitspersonal aus.

Der mutmaßliche Verstoß gegen das Somalia-Embargo der UNO könnte Kaltgärtner theoretisch 15 Jahre Gefängnis einbringen. Er muss das nicht fürchten, denn deutsche Söldnerfirmen finden in Deutschland politische Deckung.

Asgaard sucht Leute zwischen 25 und 45 Jahren, »sofort verfügbar«, Ex-Zeitsoldaten bei »BW, NVA, NATO-Armee«. »Kampf- oder Sondereinheiten bevorzugt«. Marschrichtung: Afghanistan, Dubai, Kroatien, Marokko, Somalia, Nigeria, Pakistan und Tschad.

Asgaard hat viel Konkurrenz in Deutschland, denn: »Unsere Welt von heute im Zeichen der Globalisierung, Terror und Kriminalität, der aktuellen und zukünftigen Krisengebiete erfordert einen neuen Sicherheitsdienstleister«, meint Helwig Finger. Der war Oberfeldwebel bei den Fallschirmjägern in Calw, wo die KSK-Elite der Bundeswehr stationiert ist, und bildet in der Internationalen Krisenmanagement Akademie »Special Risk

Operators« sowie »High Risk Leaders« aus. Der Begriff »Söldner« ist verpönt, allenfalls nennt man sich »Security Contractor«. Finger übriges beginnt seine Linkliste auf der Firmenwebsite mit dem Auswärtigen Amt, dem BND, dem BKA und dem Bundesinnenministerium.

Bewerbungen nimmt auch die Praetoria Beratung GmbH entgegen. Die operiert vor allem in Irak, kann aber auch mit der eigenen Reiseagentur »weltweite Flugreisen in nahezu jede Region organisieren«. Wer eine größere Ausbildungs-Angebotspalette sucht, muss nur ins Bundeswehrmagazin »Y« schauen. Die Anzeigen der Militärdienstleister sind dort gut sortiert. Gelb sticht eine heraus, die zur International Security School & Service GmbH führt. Deren Ausbildung findet – dank des israelischen Partners Israel Homeland Security Academy – im Kibbuz Nir Am statt. Das Renommee ist gut: Beim Aufbau der Academy hat der legendäre Chef der Spezialeinheit GSG-9 Ulrich Wegener geholfen.

Wer das Angebot wahrnehmen möchte, wird mit Steuergeldern unterstützt. Zeitsoldaten der Bundeswehr können den Umstieg ins »zivile« Leben getrost dem Berufsförderungsdienst des Militärs überlassen. Auch die Agentur für Arbeit kann hilfreich sein. Insbesondere bei der Vermittlung von Arbeitslosen, denen die Umschulung bezahlt wird. Man muss sich nur zuvor an die DEKRA-Akademie GmbH in Augsburg wenden. Dort erstellt man einen Kosten-Leistungs-Plan und schon wird ein Umschulungskurs in Sachen Sicherheit gefördert, bestätigten Zuständige in Augsburg auf Nachfrage.

1990 setzte der Sektor der privaten Militärunternehmen weltweit 33 Milliarden Dollar um. Heute sind es laut Schätzungen des Europarats 200 Milliarden. Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI spricht vom stärksten Wachstum des Söldnertums seit dem 18. Jahrhundert. Vermutlich sind derzeit 1,5 Millionen bei rund 1000 Firmen unter Vertrag.

Foto aus: »Rambo III«; Cinetext

Rechtsgrundlage fürs Ausspionieren

Kabinetts einigt sich auf Entwurf zu Arbeitnehmerdatenschutz / Kritik kommt von allen Seiten

Von Jörg Meyer

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) stellte die Gesetzesvorlage zum Arbeitnehmerdatenschutz vor. Der Bundesdatenschutzbeauftragte ist mit den Änderungen weitgehend zufrieden, die Gewerkschaften nicht.

Nach den Bespitzelungsskandalen bei Bahn, Telekom und Lidl hat die Bundesregierung reagiert und will nun eine seit Jahrzehnten bestehende Gesetzeslücke schließen. Das Kabinetts einigte sich am Mittwoch auf einen Gesetzentwurf aus dem Hause von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Der nannte den Entwurf einen »angemessenen Interessenausgleich«, der die Rechte der Beschäftigten einerseits schützt und andererseits die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt. Es geht jedoch nicht um ein eigenständiges

Beschäftigtendatenschutzgesetz, sondern um eine Ergänzung des Bundesdatenschutzgesetzes.

Konkret beinhaltet der Entwurf das Verbot der heimlichen Videoüberwachung – die offene Überwachung ist zugelassen. Ohne Wissen der Beschäftigten dürfen im Internet frei zugängliche Daten erhoben werden, nicht aber solche, die hinter einer »Zugangshürde« liegen. Dazu zählt die Anmeldung in einem der sozialen Netzwerke. Medizinische Untersuchungen sind nur zulässig, wenn es um Erkrankungen geht, die unmittelbar mit der Tätigkeit zu tun haben.

»Das Bundeskabinetts hat eine gute Entscheidung getroffen«, sagte Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar, der die vorige Version des Gesetzentwurfes scharf kritisiert hatte. Die aktuelle Fassung enthalte »wesentliche Verbesserungen« und lege höhere Eingriffs-

schranken für die Arbeitgeber fest. Einige Punkte müssten allerdings noch diskutiert werden. So darf der Arbeitgeber vor Zustandekommen des Beschäftigtendatenschutzes Daten »über die rassische und ethnische Herkunft, die Religion oder Weltanschauung« und einiges mehr erheben, beispielsweise die Gewerkschaftszugehörigkeit. »Da besteht für jedes einzelne Merkmal Klärungsbedarf«, sagte Schaar gegenüber ND.

Arbeitgeber und Gewerkschaften kritisierten den Entwurf. Während Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt eine Behinderung der Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung fürchtete, sagte DGB-Chef Michael Sommer, der Entwurf sei »nicht akzeptabel«, weil er erstmals eine Rechtsgrundlage schaffe, »die das Ausspionieren von Beschäftigten im Arbeitsverhältnis ausdrücklich ermöglicht«. »Wir fordern hand-

festen, konkrete Bestimmungen und Verbote zum Schutz der Beschäftigten statt Gummiparagrafen für die Arbeitgeber«, sagte Sommer. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer nannte den Entwurf einen »Tropfen auf den heißen Stein«.

Auch die Opposition zeigte sich unzufrieden. Dringenden Nachbesserungsbedarf sieht der Datenschutzbeauftragte der Linksfraktion, Jan Korte. Die LINKE werde sich in den kommenden Monaten für Änderungen etwa bei der offenen Videoüberwachung oder den anlassunabhängigen Datenabgleichen einsetzen. Die SPD kritisierte, dass der Entwurf bei einigen Punkten hinter geltendem Recht zurückbleibe. Die Grünen forderten ein eigenständiges Gesetz. »Die wesentlichen Schutzbedürfnisse« der Beschäftigten blieben auf der Strecke.

Bagger am Stuttgarter Bahnhof

Hauptabrissarbeiten für »Stuttgart 21« begonnen

Berlin (Agenturen/ND). Unter dem Protest von Demonstranten riss gestern ein Bagger nach und nach eine Seitenmauer des Nordflügels des denkmalgeschützten Kopfbahnhofs ein. Ein Großaufgebot der Polizei sicherte die Baustelle ab. Die Gegner des umstrittenen Bahnprojekts »Stuttgart 21« reagierten mit einer spontanen Demonstration. Nach Angaben des Sprechers des Aktionsbündnisses, Axel Wieland, waren bis zu 5000 Demonstranten auf den Straßen unterwegs und blockierten mehrere Kreuzungen des Hauptstadtrings.

Bei dem 4,1 Milliarden Euro teuren Vorhaben wird der Kopfbahnhof in eine unterirdische Durchgangsstation umgewandelt, mit einem unterirdischen Ring an die Zulaufstrecken und mit einem Tunnel an den Flughafen und die Schnellbahnstrecke nach Ulm angebunden. Seit Wochen protestieren tausende Menschen gegen das Milliardenprojekt.

Unterdessen hat der Architekt Frei Otto, der vor einem Jahr aus der Projektgruppe ausschied, den Baustopp gefordert. Im »Stern« äußerte er Befürchtungen, der Bahnhof könne überschwemmt werden oder »wie ein U-Boot aus dem Meer« aufsteigen. Denn die Erde unter Stuttgart sei voller Wasser und Quellen sowie Gipschichten mit hohem Anhydridanteil. Die Projektträger sprachen dagegen von »Panikmache«.

Kurz

Carter in Nordkorea

Seoul (dpa). Der frühere US-Präsident Jimmy Carter ist am Mittwoch in Nordkorea eingetroffen, wo er sich für die Freilassung eines inhaftierten Landmannes einsetzen will. Der 85-Jährige wurde am Flughafen von Pjöngjang von Vizeaußenminister Kim Kye Gwan empfangen, so die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA.

Raketentest in Iran

Teheran (dpa). Iran hat eine neue Kurzstreckenrakete getestet. Das teilte Verteidigungsminister Ahmed Wahidi am Mittwoch mit. Es handle sich um die dritte Generation von Raketen des Typs Fateh (Eroberer), zitierte die Nachrichtenagentur Fars den Minister.

Pipeline-Attentat

Istanbul (dpa). Im Osten der Türkei ist erneut ein Anschlag auf eine Pipeline verübt worden. Behörden in der Provinz Agri machten die Kurdische Arbeiterpartei PKK für die Tat verantwortlich. *Seite 7*

Schlechte Ernte

Berlin (dpa). Die deutschen Bauern ziehen eine dürftige Erntebilanz für dieses Jahr. Die Getreideernte falle mit rund 44 Millionen Tonnen um knapp 12 Prozent niedriger als im Vorjahr aus, berichtete der Getreideexperte des Deutschen Bauernverbands, Klaus Kliem, am Mittwoch in Berlin.

